

DGB präsentiert Forderungen zur Landtagswahl in Niedersachsen „Niedersachsen hat mehr verdient! Gute Arbeit. Soziale Gerechtigkeit.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat seine Forderungen zur Landtagswahl 2008 vorgelegt. Von der neu zu wählenden Landesregierung erwarten die Gewerkschaften, dass sie die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker in den Mittelpunkt rückt. Die Bilanz nach vier Jahren Schwarz-Gelb in Niedersachsen ist ernüchternd. Bei der Vorstellung der Forderungen sagte Hartmut Tölle: „Der wirtschaftliche Aufschwung geht an vielen Menschen vorbei. Die Angst vor Abstieg und Armut wächst. Über 350.000 Menschen sind arbeitslos. Mehr als 700.000 Menschen leben in Hartz IV-Haushalten, davon 190.000 Kinder. Über 26.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. 94.000 Menschen sind trotz Arbeit arm und müssen Arbeitslosengeld II beantragen. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben aufgrund von Studiengebühren und durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit schlechtere Bildungschancen.“

Das Motto der gewerkschaftlichen Forderungen lautet deshalb „Niedersachsen hat mehr verdient! Gute Arbeit. Soziale Gerechtigkeit.“ Mindestlöhne, ein wirksames Vergabegesetz, die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie mehr Chancengleichheit durch Bildung stehen dabei im Mittelpunkt. Mit Blick auf die bevorstehenden Programmparteitage von Union, Sozialdemokraten und Grünen sagte DGB-Landeschef Hartmut Tölle. „Wir erwarten, dass die Parteien, die Forderungen der Gewerkschaften in der Diskussion um ihre Wahlprogramme berücksichtigen.“ Der DGB werde den Forderungskatalog Gewerkschaften deshalb direkt an die Parteien übermitteln.

An die Wahlberechtigten appellierte Hartmut Tölle, die Positionen der Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf auf ihre Arbeitnehmertauglichkeit hin zu überprüfen. Eine Wahlempfehlung geben die Gewerkschaften nicht.

Die zwölf Kernforderungen der niedersächsischen Gewerkschaften:

- **Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro**; durch eine Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn im Bundesrat; durch die Ausweitung des Entsendegesetzes auf möglichst viele Branchen; durch die Einhaltung von Mindestlöhnen im eigenen Zuständigkeitsbereich des Landes.
- **ein überzeugendes Vergabegesetz** für alle öffentlichen Aufträge, das die Einhaltung von Tariflöhnen, von Sozial- und Umweltstandards sowie die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sicherstellt.
- Ein **Sofortprogramm für 4.000 zusätzliche Ausbildungsplätze**, Langfristig muss die duale Ausbildung über eine Umlagefinanzierung gestärkt werden.
- Mehr Chancengleichheit in der Bildung. Ein Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren, die daran anschließenden Kita-Jahre müssen mittelfristig ebenfalls kostenfrei werden. Kinder und Jugendliche sollen **bis Klasse 10 gemeinsam lernen**. Lernmittel müssen wieder kostenfrei sein. Die Studiengebühren müssen abgeschafft werden, das Erststudium muss gebührenfrei sein.
- Das Land muss **bei Investitionen und Beschaffungen Gute Arbeit, Fairen Handel und Umweltschutz** in den Vordergrund stellen. Öffentliche Daseinsvorsorge muss ausgebaut werden. In den Öffentlichen Personennahverkehr muss ausreichend investiert werden.
- **Investitions- und Innovationspolitik müssen stärker auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein**. Innovationen von Produkten und Arbeitsprozessen müssen stärker gefördert und alternsgerecht gestaltet werden, gerade in kleinen und mittleren Unternehmen. Nur die Perspektive „**Besser statt billiger**“ bietet eine tragfähige Zukunft für Niedersachsen. Rente mit 67 und Hartz IV müssen überprüft werden.
- **Die Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten müssen ausgebaut werden**. Ihre Qualifikationen zu fördern ist die Basis, um die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Auch Erwachsenenbildung und Politische Bildung müssen nachhaltig gefördert werden.
- **Die betriebliche Mitbestimmung muss gestärkt werden**. Der Einfluss der Sozialpartner auf die Gesetzgebung muss durch die Einrichtung eines landesweiten Wirtschafts- und Sozialausschusses verbessert werden.
- Das Land hat die Gesetzgebungskompetenz für das Beamtenrecht. Wir erwarten, dass auch im Öffentlichen Dienst der Grundsatz „**Verhandeln statt Verordnen**“ gilt.
- Frauen wollen in Wirtschaft und Gesellschaft gleichberechtigt beteiligt sein. Wir fordern mehr Einsatz für die **Chancengleichheit beider Geschlechter**, z.B. durch ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.
- Niedersachsen braucht eine **offensive Klimaschutzpolitik**. Das Beschäftigungspotenzial regenerativer Energien muss kraftvoll erschlossen werden. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Atomausstieg und eine ernsthafte Suche nach alternativen Endlagermöglichkeiten von radioaktiven Abfällen.
- **Konsequentes Eintreten gegen Rechtsextremismus** und Gewalt muss vom Land besser unterstützt werden. Wir fordern ein Verbot der NPD und der Freien Kameradschaften.